

BI prognostiziert ein Umgehungs-Dilemma

Bürgerinitiative Lebensqualität Volkach-Ost schildert Stadträten Sorgen und Nöte mit Ostumgehung

■ **VOLKACH.** In Gesprächen mit dem Bürgermeister und Stadträten haben sich Vertreter der „Bürgerinitiative Lebensqualität Volkach-Ost“ gegen die geplante Ostumgehung Volkachs ausgesprochen.

An vier Abenden haben Vertreter der Bürgerinitiative Lebensqualität Volkach-Ost die angekündigten Informationsgespräche mit den Stadtratsmitgliedern geführt.

In der angenehmen Atmosphäre eines Volkacher Weingutes seien die jeweiligen Stadtratsfraktionen umfangreich und fundiert von den Zielen und Erwartungen der Volkacher Bevölkerung im Osten und Süd-Osten informiert worden, heißt

es in einer Pressemitteilung der Bürgerinitiative.

Ganz erfreulich für die Initiative sei gewesen, dass neben dem Bürgermeister Peter Kornell auch viele Stadträte an den Diskussionsabenden teilgenommen hätten, was deren Interesse an den Nöten einer breiten Bevölkerungsschicht und an der Lösung der Problematik zeige.

Neben den Ergebnissen aus Gesprächen mit Vertretern der zuständigen staatlichen Bauämter bis hin zur Obersten Baubehörde stellte die Initiative in einer Power-Point-Präsentation ihre Ziele und Rechte sowie ihre Sicht zur Lösung des Verkehrsproblems auf der St 2271 im Raum Volkach vor. Zwischenzeitlich hätten sich

100 aktive Mitglieder sowie mehr als 500 unterstützende Anwohner zu einer Bürgerinitiative formiert.

Redebeiträge gab es zu den einzelnen Schwerpunkten der Präsentation: zu dem laut BI bisher unausgewogenen Verfahren zur Problemlösung, zur Umweltverträglichkeit, zu der Frage, ob sich die Stadt das alles politisch und finanziell leisten kann und auch zu den Rechten der Betroffenen.

Außerdem stellte die BI als Lösungsvorschlag für die Gaibacher Straße in Volkach das sogenannte „Shared-Space-Prinzip“ mit Kurzfilmen vor.

Als Ergebnis der Präsentation bleibe festzuhalten, dass die Verwirklichung der geplanten

Ostumgehung von Volkach unweigerlich und für alle Beteiligten (Freistaat, Stadt und Bevölkerung) in ein Dilemma führen werde, schreibt die Bürgerinitiative weiter.

Und zwar deshalb, weil der Bau der Ostumgehung: für die Betroffenen in der Gaibacher Straße keine signifikante Verringerung des Durchgangsverkehrs bringen werde, eine Mehrheit von Bürgern im Osten der Stadt unmittelbar belasten werde (Nettobelastung), Mautfluchtverkehr mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die gesamte Region Volkachs bringen werde, einen zweistelligen Millionenbetrag an öffentlichen Mitteln verschlingen werde, die vom Freistaat aber auch von der

Stadt Volkach aufzubringen wären und dem Staat erhebliche Mindereinnahmen bei der Lkw-Maut bescheren wird.

Die geforderte Umsetzung des „Shared-Space-Prinzips“ in der Gaibacher Straße von Volkach koste dagegen nur einen Bruchteil. Sie entlaste die Bevölkerung und entziehe dem Staat keine Einnahmen.

Als erstes wichtiges Ergebnis wertete die BI das Statement einer Vielzahl von Stadträten, dass einer finanziellen Beteiligung der Stadt Volkach bei dem angedachten Weiterbau der Ost-Trasse keinesfalls zugestimmt werden könne.

Infos über die Bürgerinitiative gibt es im Internet unter www.bi-lvo.de. *red*